Deutscher Bundestag **Drucksache 19/366**

19. Wahlperiode 04.01.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

26. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg, Deutschland

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	**Ablauf der Konferenz**	2
2.	**Konferenzeröffnung**	2
3.	**Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“**	2
4.	**Zweiter Sitzungsabschnitt: „Politische Partizipation und das digitale Zeitalter“**	3
5.	**Dritter Sitzungsabschnitt: „Wissenschaft und Forschung“**	3
6.	**Vierter Sitzungsabschnitt: „Nachhaltiger Tourismus“**	4
7.	**Konferenzresolution**	6
8.	**Bericht des Abg. Franz Thönnes zum Baltic Sea Labour Forum**	11

1. Ablauf der Konferenz

Die 26. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) fand auf Einladung der Hamburgischen Bürgerschaft vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordneter **Jürgen Klimke** (CDU/CSU)

Abgeordnete **Sonja Steffen** (SPD)

Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Das Thema der 26. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz lautete „Innovative Wissenschaft, nachhaltiger Tourismus, Partizipation und Kooperation in der Ostseeregion“. Die Delegierten befassten sich in vier Sitzungsabschnitten mit den Themen Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Politische Partizipation und das digitale Zeitalter, Wissenschaft und Forschung und Nachhaltiger Tourismus.

Vor Beginn der Jahrestagung hatte der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der BSPC, Abg. **Franz Thönnes**, gemeinsam mit der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Carola Veit, zu einer Sitzung der deutschen Delegationen eingeladen, an der neben der Delegation des Deutschen Bundestages auch die Delegationen aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein teilnahmen. Die gemeinsame Sitzung fand wie in den Vorjahren statt, um den deutschen Parlamentariern vor Konferenzbeginn einen Austausch über die Positionen der einzelnen Delegationen zu ermöglichen, die Konferenz vorzubereiten und über mögliche strittige Punkte im Resolutionsentwurf zu diskutieren.

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses, der am 3. September 2017 tagte, wurden ebenfalls der Konferenzablauf und der Resolutionsentwurf besprochen. Zudem wurde die Änderung eines Anhanges der Geschäftsordnung zur Verabschiedung durch das Plenum vorbereitet, der auf eine Initiative der Bundestagsdelegation zurückgeht und die prozentuale Aufteilung der Mitgliedsbeiträge korrigiert.

Am letzten Tag der 26. Jahrestagung der BSPC verabschiedeten die Teilnehmer gemäß der Geschäftsordnung der BSPC im Konsens eine Resolution, die sich mit den Themen politische Partizipation, Wissenschaft und Forschung und den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ befasst (siehe Punkt 7.). Sie war zuvor im Redaktionsausschuss der Konferenz erarbeitet worden.

Zum neuen Vorsitzenden der BSPC wurde der Abgeordnete **Jörgen Pettersson** von den Åland-Inseln gewählt, der das Arbeitsprogramm der BSPC bis zum August 2018 vorstellte und zur 27. BSPC einlud, die vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn stattfinden soll.

2. Konferenzeröffnung

Zu Beginn der Konferenz begrüßte Hamburgs Erster Bürgermeister, **Olaf Scholz** (SPD), die Teilnehmer der 26. Jahrestagung. Er sagte, Hamburg sei Teil der gemeinsamen Identität der Ostseeregion und die Stadt biete als Tor zur Welt auf vielen Feldern Möglichkeiten zur Kooperation. Im Anschluss begrüßte die Präsidentin der Bürgerschaft, **Carola Veit** (SPD), als Vorsitzende der BSPC die Teilnehmer. Sie freue sich, dass die Ostseeparlamentarier in Hamburg die Themen politische Partizipation und nachhaltiger Tourismus beraten würden. Dies seien zwei Themen, denen sich die Politik in Hamburg schon lange verschrieben habe.

3. Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Im ersten von vier Sitzungsabschnitten befassten sich die Delegierten zunächst allgemein mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion. **Guðmundur Árni Stefánsson**, Island, und **Hans Olsson**, Schweden, beide Mitglieder im Komitee der Hohen Beamten des Ostseerates, stellten die Ergebnisse des vergangenen isländischen Vorsitzes bzw. die Pläne des amtierenden schwedischen Vorsitzes im Ostseerat vor. Stefánsson wies dabei vor allem auf das 25-jährige Bestehen des Ostseerates hin, das im März in Reykjavik gefeiert worden sei. Am 20. Juni 2017 seien dort ebenfalls die Außenminister der Ostseeanrainer zusammengekommen und hätten den „Geist von Reykjavik“ beschworen. Alle Minister seien sich einig gewesen, dass es verstärkter Anstrengungen bedürfe, um der Region und der Zusammenarbeit gerecht zu werden. Ziel des isländischen Vorsitzes sei auch gewesen, die Zusammenarbeit mit der BSPC zu vertiefen. Dies sei etwa auch am Beispiel des Arbeitsministertreffens in Berlin am 15. Juni 2017 deutlich geworden, an dem BSPC-Berichterstatter Abg. Thönnes und BSPC-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Generalsekretär Bodo Bahr teilgenommen hätten. Sein schwedischer Kollege Olsson sagte, die Ziele des schwedischen Vorsitzes seien, den Menschenhandel im Ostseeraum zu bekämpfen und ein besonderes Augenmerk auf die Themen Arbeitsmarkt und Wissenschaft zu legen.

Der ehemalige BSPC-Vorsitzende **Jānis Vucāns** stellte die Auswertung zweier Wissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik vor. Sie waren von der BSPC damit beauftragt worden zu untersuchen, wie ergiebig die Reaktionen der Regierungen auf die Fragen bezüglich der Implementierung der BSPC-Resolutionen sind. Danach hätten die 14 Regierungen, die auf die Anfragen aus den Parlamenten reagiert hätten, die Beantwortung der Fragen ernst genommen. Dies stärke die parlamentarische Dimension in der Ostseeregion, sagte Vucāns. Allerdings sähen die Wissenschaftler auch Verbesserungsmöglichkeiten. So wäre es sinnvoll, nicht nur einen Rückblick auf das Erreichte zu bieten, sondern auch einen Ausblick auf das, was man erreichen wolle. So könnten sich Synergien für die Zusammenarbeit ergeben und diese dadurch vertieft werden.

Der aus dem Deutschen Bundestag ausscheidende Abg. **Thönnes** berichtete zum letzten Mal von seinen Arbeitsschwerpunkten als Berichterstatter für Arbeit, soziale Wohlfahrt und das Baltic Sea Labour Forum und blickte vor allem zurück auf einen zentralen Erfolg der BSPC. 2007 habe die Ostseeparlamentarierkonferenz eine Arbeitsgruppe zu dem Thema „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ eingesetzt, die sich vor allem mit Fragen und Herausforderungen der Arbeitsmobilität und damit der Thematik von Grenzpendlern sowie der Jugendarbeitslosigkeit befasst habe. Unter seinem Vorsitz habe die Arbeitsgruppe Empfehlungen zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen erarbeitet. Darunter sei auch die Anregung gewesen, ein Baltic Sea Labour Network (BSLN) entstehen zu lassen. Dies sei gelungen und zu einem EU-Flagship-Project im Rahmen der EU-Ostsee-Strategie geworden. Am Ende der Projektphase sei aufgrund der guten Arbeitserfahrungen im November 2011 das Baltic Sea Labour Forum (BSLF) gegründet worden. Ihm gehörten aktuell 30 Mitgliedsorganisationen an: 17 Gewerkschaften, 11 Arbeitgeberverbände, zwei internationale Organisationen und einige Beobachter. Dies sei ein einzigartiger Zusammenschluss in Europa, der ernst genommen werde. Beleg dafür sei beispielsweise die Einladung zur Teilnahme an dem ersten Treffen der Arbeitsminister der Ostseeanrainer in der Geschichte des Ostserates am 15. Juni dieses Jahres in Berlin. Dabei seien im Kern auch alle vom BSLF entwickelten Empfehlungen zur Arbeitsmobilität, der Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen, der älter werdenden Gesellschaft, zur Migration und Integration sowie weiterer wichtiger Punkte zur Arbeitswelt von den Arbeitsministern übernommen worden.

4. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Politische Partizipation und das digitale Zeitalter“

Im zweiten Sitzungsabschnitt unter der Überschrift „Politische Partizipation und das digitale Zeitalter“ sprach unter anderem Professor **Jobst Fiedler** von der Hertie School of Governance. Er sagte, dass viele Menschen das Vertrauen in politische Institutionen verloren hätten. Zu Zeiten des Kalten Krieges, als Diktaturen die Alternative zu liberalen Demokratien waren, sei es leichter gewesen, für letztere zu begeistern. Dies stelle sich heute, wie etwa an Viktor Orbáns Aussage über „illiberale Demokratie“ deutlich werde, anders dar. Populisten adressierten die Ängste der Menschen, die etwa damit zu tun hätten, dass sie in Zeiten der Globalisierung auf Vieles vermeintlich keinen Einfluss mehr hätten. Hinzu komme, dass diese Ängste in sozialen Medien verstärkt würden, wo sich tendenziell eher Gleichgesinnte fänden, als dass man auf andere Meinungen stoße.

Alexander Shishlov, Ombudsmann für Menschenrechte in Sankt Petersburg, berichtete über einen seiner Arbeitsschwerpunkte, das Engagement für Menschen mit Behinderung. Diese könnten durch technische Weiterentwicklungen einerseits besser in die Lage versetzt werden, ihre demokratischen Rechte zu nutzen. Er setze sich beispielsweise dafür ein, dass alle Informationen zu einer Wahl über die staatlichen Internetseiten zugänglich seien. So könnten sich auch mobil eingeschränkte Personen informieren und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Teilhabe sei ein wichtiges Menschenrecht, schließlich wirkten sich Wahlen und am Ende daraus resultierende politische Entscheidungen erheblich auch auf das eigene Leben aus.

5. Dritter Sitzungsabschnitt: „Wissenschaft und Forschung“

Professor **Ulrich Bathmann** vom Leibniz Institut für Ostseeforschung sprach im dritten Sitzungsabschnitt „Wissenschaft und Forschung“ über die Bedrohung der Ostsee durch den Klimawandel. Wenn der CO_2-Gehalt in der Luft steige, stiegen damit auch die Temperaturen. Ein Temperaturanstieg habe einen Anstieg der Ozeane zur Folge. Dies betreffe auch die Ostseeregion in nicht unerheblichem Maße. Der Umweltschutz sei deshalb ein Thema, dem sich die Mitglieder der BSPC widmen müssten. Damit verbunden seien auch ganz konkrete Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Ostsee durch Plastikmüll, Öl und Unterwasserlärm.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Über den Einfluss des Klimawandels auf das Wetter in der Ostseeregion sprach **Jaari Haapala** vom finnischen meteorologischen Institut. Er erläuterte, dass mit deutlich wärmeren Wintern und mehr Fluten zu rechnen sei. Ob es mehr Stürme gebe, sei unsicher, aber in der nördlichen Ostsee sei mit höheren Wellen zu rechnen, die Einfluss auf die Schifffahrt sowie das Leben im und am Meer hätten.

6. Vierter Sitzungsabschnitt: „Nachhaltiger Tourismus“

Im vierten Sitzungsabschnitt wurde der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ vorgestellt, die 2015 eingesetzt worden war. Die stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe, die finnische Abg. **Sara Kemetter** sagte, dass die Mitglieder sich vor allem damit befasst hätten, welche Verknüpfungen es zwischen Umweltschutz, Klimawandel und nachhaltigem Tourismus gebe. So habe man sich vor allem mit Reiserouten befasst und wie diese im Ostseeraum notwendigerweise nachhaltiger gestaltet werden könnten. Zudem sei über verschiedene Systeme von Tourismussteuern gesprochen worden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei im Sinne der Touristen vielfach auf einem guten Weg. Gleichzeitig müsse berücksichtigt werden, dass diejenigen, von denen eine gute Zusammenarbeit verlangt werde, auch Wettbewerber seien. Letztlich gebe es aber keine Alternative zu einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit, da die Ostseeregion als regionale Einheit auf dem Weltmarkt wahrgenommen werde.

In diesem Sitzungsabschnitt präsentierten auch zwei Vertreter des Baltic Sea Youth Forum, Friederike Schick und Elias Lindström, mit Bezug auf ein Treffen mit der Arbeitsgruppe in Kiel, ihre Vorschläge für einen nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion. So schlugen sie ein Webportal vor, auf dem man sich länderübergreifend und Ostseeweit über Tourismusangebote informieren könne. Diese könne zu einer Marke für den gesamten Ostseeraum ausgebaut werden. Außerdem schlugen sie vor, ein „Baltic Sea Summer Ticket“ zu etablieren, das das grenzüberschreitende Reisen erleichtere.

Zum Abschluss der Konferenz beschlossen die Parlamentarier die Einsetzung einer neuen Arbeitsgruppe zum Thema „Migration/Integration“. Zu diesem Thema sprach der portugiesische Abgeordnete **Pedro Roque**, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeerraums (PAM). Die PAM vereint 30 Mitgliedstaaten aus drei Kontinenten, widmet sich vor allem den Themen Sicherheit, Wirtschaft und Menschenrechte und hat zum Ziel, den Mitgliedsländern einen Austausch über Problemlösungen zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren hätte sich die PAM vor allem mit der Migration über das Mittelmeer befasst. Dies bleibe auch in den kommenden Jahren das bestimmende Thema. Zudem gebe es einen Austausch darüber, wie Geflüchtete in neue Gesellschaften integriert werden könnten.

Eine Debatte über die gesammelten Erfahrungen regte auch die portugiesische Abgeordnete **Isabel Santos** an. Sie ist die Vizevorsitzende des ad hoc Komitees für Migration der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). Dieses sei im Jahr 2016 eingesetzt worden, um das Thema Migration und die damit verbundenen Fragestellungen in einer Arbeitsgruppe zu bündeln. Dies habe sich als sinnvoll erwiesen ebenso wie beispielsweise eine enge Zusammenarbeit mit der auf OSZE-Regierungsseite für das Thema Menschenhandel Verantwortlichen, Botschafterin Madina Jarbussynova.

Vor der Beratung der Konferenzresolution wurden von der Präsidentin **Carola Veit** der norwegische Storting-Abgeordnete **Per Rune Hendriksen** nach 8-jähriger sowie der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages, **Franz Thönnes,** nach 20-jähriger Mitarbeit in der BSPC mit einem ihr Engagement besonders würdigenden Dank verabschiedet, da sie sich bei den Parlamentswahlen in Norwegen und Deutschland nicht mehr um ein Mandat bewarben.

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedete das Plenum im Konsens die Resolution. Darin wird unter anderem begrüßt, dass der politische Dialog in der Ostseeregion wieder intensiviert worden ist. Dies zeige sich insbesondere an dem Außenministertreffen des Ostseerates anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Ostseerates, das am 20. Juni 2017 von der isländischen Ostseeratspräsidentschaft in Reykjavík ausgerichtet wurde.

Gefordert wurde unter anderem, die Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) als koordinierende Stelle für die regionale Umsetzung der ozeanbezogenen Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung weiter zu stärken. HELCOM solle zudem bei der Entwicklung eines regionalen Aktionsplans über Unterwasserlärm sowie bei der Umsetzung des Aktionsplans für Meeresabfälle und der Bekämpfung der Überdüngung unterstützt werden. Im Hinblick auf demokratische Teilhabe und das digitale Zeitalter verpflichten sich die Mitgliedsparlamente dazu, die Teilhabemöglichkeiten junger Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern. Dazu werde sich die Ostseeparlamentarierkonferenz auch in Zukunft für die Schaffung eines Jugendforums für den gesamten Ostseeraum einsetzen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Hinsichtlich des nachhaltigen Tourismus hält die Resolution fest, dass, wie von den Vertretern des Baltic Sea Youth Forum vorgeschlagen, der grenzüberschreitende Bahnverkehr insbesondere mit Interrail-Angeboten verbessert werden solle, ebenso wie die Radfahrinfrastruktur als Beispiele für ökologische Formen des Tourismus.

Ebenfalls verabschiedet wurde die Änderung eines Anhangs der Geschäftsordnung, die auf eine Initiative der Bundestagsdelegation zurückgeht und die prozentuale Aufteilung der Mitgliedsbeiträge korrigiert.

Berlin, den 11. Dezember 2017

Franz Thönnes
Delegationsleiter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. Konferenzresolution

angenommen von der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion[1], die vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg (Deutschland) zusammengekommen sind,

– unter Begrüßung der erfolgreichen Schritte zur Wiederherstellung des vollumfänglichen und umfassenden politischen Dialogs in der Ostseeregion, insbesondere mit dem Ostseerat, und unter Hervorhebung der Bedeutung des Außenministertreffens anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Ostseerates, das am 20. Juni 2017 von der isländischen Ostseeratspräsidentschaft in Reykjavík ausgerichtet wurde, und der Aufforderung, die Dynamik und den Geist dieser positiven Entwicklungen aufrechtzuerhalten;

– unter Befürwortung der Ernennung einer unabhängigen Gruppe von Weisen einschließlich Vertretern der Zivilgesellschaft durch den Ostseerat mit dem Ziel, einen Bericht mit Empfehlungen für eine Vision der Ostseeregion über das Jahr 2020 hinaus und über die künftige Rolle des Ostseerates und die Mittel zur Stärkung seines Einflusses als Forum für den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit in der Region zu erarbeiten;

– unter Begrüßung des Hochrangigen Treffens der Vertreter der Arbeitsministerien des Ostseerates und der am 15. Juni 2017 in Berlin verabschiedeten Erklärung;

– unter Begrüßung der Verabschiedung des Aktionsplans „Die Vision verwirklichen: Der Ostsee-Aktionsplan 2030" des Ostseerates als wichtigen Schritt zur Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung der Ostseeregion;

– unter Begrüßung der Entscheidung des Ostseerates, den Betrieb der Project Support Facility (Fazilität für die Unterstützung von Projekten) für 2017 bis 2019 fortzusetzen und dabei insbesondere deren Rolle als Instrument zur Unterstützung der strategisch wichtigen Projektaktivitäten in der Ostseeregion zur Kenntnis nehmend;

– die Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Instrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen und Projekte zugunsten der Ostseeregion weiter fördernd und unterstützend und dabei die kontinuierlichen Fortschritte der Initiative von St. Petersburg berücksichtigend;

– auch in Zukunft die Jugend in die Verfahren der Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz einbeziehend. Vor allem in der zweiten Hälfte des zweijährigen Mandats einer Arbeitsgruppe kann die lebendige Debatte mit jungen Menschen, die von den Mitgliedsparlamenten benannt werden, auch im Hinblick auf die Jahreskonferenz, eine Bereicherung darstellen;

– mit dem Ausdruck der tiefen Besorgnis über die zunehmende Zahl von Terroranschlägen, die sich seit der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga ereignet haben, d.h. in Stockholm, St. Petersburg und Berlin, und unter entschiedener Verurteilung – durch Bekräftigung der Position in der 25. Entschließung – des Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen als immer stärker werdende gemein-same Bedrohung für unsere Bürger und gemeinsamen Werte – eine Bedrohung, die nur durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt werden kann;

– in der Überzeugung, dass die Themen Migration und Integration eine gewaltige Herausforderung für alle Länder der Ostseeregion sowie eine große Chance für ihre Weiterentwicklung darstellen. Diese Themen erfordern einen intensiven Dialog sowie eine enge Zusammenarbeit und abgestimmte politische Maßnahmen auch unter den Ostseeanrainerstaaten;

die Themen Zusammenarbeit und Partizipation sowie innovative Wissenschaft und nachhaltiger Tourismus in der Ostseeregion erörternd;

[1] Aus den Parlamenten Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Region Kaliningrad, der Region Leningrad, der Republik Karelien, Lettlands, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt Sankt Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln sowie der Baltischen Versammlung, dem Nordischen Rat und der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu intensivieren einschließlich der Nördlichen Dimension, der EU-Strategie für die Ostseeregion und der Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest in Russland neben weiteren regionalen Akteuren durch die Festlegung gemeinsamer Prioritäten und die Entwicklung entsprechender regionaler Strategien und Aktionspläne in Bereichen, die von gemeinsamem Interesse sind und beiderseitige Vorteile bieten. Da makro-regionale Strategien Interessengruppen und Akteure aller staatlichen Sektoren und Ebenen zusammen-bringen, stellen diese effiziente Instrumente für die Verbesserung der Beziehungen zwischen benachbarten Ländern dar und stützen dadurch die Europäische Nachbarschaftspolitik;
2. die Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) als koordinierende Stelle für die regionale Umsetzung der ozeanbezogenen Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung mithilfe der verstärkten Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und der weiteren Verpflichtung, bis 2021 einen guten ökologischen Status der Ostsee herzustellen, und gegebenenfalls durch Erneuerung des Ostseeaktionsplans entsprechend der Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung mit einer zeitlichen Perspektive bis 2030 weiter zu stärken und weiterzuentwickeln;
3. HELCOM bei der Entwicklung eines regionalen Aktionsplans über Unterwasserlärm sowie bei der Umsetzung des Aktionsplans für Meeresabfälle und der Bekämpfung der Eutrophierung zu unterstützen; darüber hinaus sollten konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Einbringung von Kunststoffen in die Meeresumwelt getroffen werden;
4. die Bedeutung der Agenda für Wissenschaft, Forschung und Innovation wie 2016 bei der Konferenz der Wissenschaftsminister des Ostseerates in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes „Baltic Science: Renewing the Commitment to Science/Research Joint Actions in the Baltic Sea Region" [„Wissenschaft im Ostseeraum: die Erneuerung des Bekenntnisses zu gemeinsamen Maßnahmen in Wissenschaft und Forschung in der Ostseeregion"] skizziert zu unterstützen;
5. ein gemeinsames Programm auf der Grundlage einer Strategie im Rahmen des Ostseerates zur Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion zu erarbeiten und dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:

– soweit möglich Abbau der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr zur Förderung der Reisefreiheit; dies beinhaltet die Förderung der lokalen Grenzverkehrsregime an den EU-Außengrenzen;
– Erleichterung der Grenz- und Visaregime für junge Menschen und organisierte Touristengruppen;
– Modernisierung nachhaltiger Verkehrssysteme und der Tourismusinfrastruktur;
– Unterstützung der Idee, dass die Ostseeanrainerstaaten eine gemeinsame Ostseemarke schaffen auf der Grundlage des kulturellen und natürlichen Erbes zwecks Stärkung der touristischen Wettbewerbsfähigkeit;
– Verbesserung der Reisemöglichkeiten insbesondere für junge Menschen (z. B. Interferry);

im Hinblick auf demokratische Teilhabe und das digitale Zeitalter

6. die Mittel der demokratischen Teilhabe weiter zu verbessern und zu entwickeln, z. B. mithilfe von Transparenz, umfassender Information, staatlicher Rechenschaftspflicht und weiteren Instrumenten der Bürgerbeteiligung;
7. sich zu verpflichten, die Teilhabe junger Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzusetzen einschließlich – aber nicht beschränkt auf – die Bereiche Staat, Wissenschaft, Bildung und Kultur zu stärken. Zu diesem Zweck wird sich die Ostseeparlamentarierkonferenz auch in Zukunft für die Schaffung eines Jugendforums für den gesamten Ostseeraum einsetzen;
8. einen gemeinsamen Dialog und eine gemeinsame Debatte in der Ostseeregion über die ethischen Voraussetzungen für die Digitalisierung von Staaten und Gesellschaften und die Möglichkeiten eines gemeinsamen rechtlichen Rahmens in diesem politischen Bereich anzustoßen. Die Aufgabe der Parlamente besteht darin, Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in der digitalen Welt zu garantieren. Die

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Parlamente und Regierungen sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass es keine Kluft zwischen der digitalen Welt und dem Staat gibt;

9. sich dafür einzusetzen, dass die Ostseeregion zum globalen Vorreiter beim Einsatz neuer digitaler Technologien für Demokratie und politische Entwicklung wird;

10. politische Maßnahmen zu unterstützen, um die Digitalisierung demokratischer Aktivitäten zu verbessern mit dem Ziel, die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen mithilfe der Weitergabe von Technologie und bestmöglichen Verfahren durch Regierungen und Parlamente zu erhöhen;

11. auf Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für junge Menschen in Bezug auf die Möglichkeiten der Digitalisierung hinzuweisen, um eine kompetente und verantwortungsvolle Nutzung der sich entwickelnden technologischen Innovationen zu fördern und dadurch einen Beitrag zu demokratischen Gesellschaften im digitalen Zeitalter zu leisten;

12. die staatliche Koordinierung der innovationspolitischen Maßnahmen als sozialen Fortschritt und nicht nur als technologischen Fortschritt zu begreifen;

13. die Sozialpartner in der Ostseeregion bei ihren Bemühungen um die Nutzung der Chancen der Digitalisierung zugunsten anständiger und nachhaltiger Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterstützen;

14. besonders auf die geschlechts- und generationsspezifischen Aspekte der digitalen Innovationen und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen hinzuweisen;

15. unter Berücksichtigung des Stellenwerts der Meinungsfreiheit die rechtlichen Möglichkeiten und einen gemeinsamen Ansatz zur Reaktion auf „Hetzreden“ und „Fake News” auszuloten;

im Hinblick auf die innovative Wissenschaft und Forschung

16. die wissenschaftliche Zusammenarbeit in der Ostseeregion in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu intensivieren und deshalb

– die Entwicklung glaubwürdigerer Projektionen über die Zukunft der Ostsee auf der Grundlage der bestmöglichen Meeresforschung sowie der plausibelsten sozio-ökonomischen Entwicklungsszenarien und damit einhergehenden Veränderungen des menschlichen Drucks sowie die komplexen Einflüsse des Klimawandels auf das Ökosystem zu fördern;

– die Gewinnung neuer umfassender Kenntnisse über die echten Langzeiteffekte verschiedener Formen des menschlichen Drucks auf allen organisatorischen Ebenen – vom Gen bis zum Ökosystem – sowie Vorschläge über Möglichkeiten zur Abschwächung dieser Effekte zu fördern;

– eine wissenschaftliche Grundlage für eine innovative grenzüberschreitende Politikgestaltung einschließlich der möglichen Internalisierung der Kosten von marinen Ökosystemleistungen in die Wirtschaftsordnung zu schaffen;

17. die Weiterentwicklung des Ostsee-Wissenschaftsnetzwerks zu fördern, um die makroregionalen Dimensionen der Wissenschafts- und Forschungspolitik auszubauen, von der Hochschul- und Forschungseinrichtungen profitieren sollten, und demnach ein supra-regionales Netzwerk zu schaffen, das zusätzlich zu dem vorhandenen „wissenschaftlichen Netzwerk“ ein „administratives Netzwerk“ zwecks Steuerung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf nützliche und zielgerichtete Weise vorsieht, insbesondere im Rahmen des Projekts „Baltic Science Network“;

18. eine aktivere Rolle im Hinblick auf die Bereitstellung nachhaltiger Ressourcen für Forschung und Entwicklung zu spielen mit dem Ziel, Innovationen zu fördern und zu diesem Zweck beispielsweise gemeinsame Standards, Datensicherheit und geistige Eigentumsrechte innerhalb der Ostseeregion zu entwickeln;

19. die Bemühungen um die Schaffung engerer Verbindungen zwischen analytischen Forschungs-einrichtungen und Unternehmen im Rahmen des „Baltic TRAM“-Projekts weiterhin zu unterstützen (TRAM = Transnational Research Access in the Macro-Region);

20. die Bedingungen für die Ostseeregion im globalen wissenschaftlichen Wettbewerb mithilfe erhöhter Investitionen in die innovative Wissenschaft und Forschung weiter zu verbessern;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

21. die Verpflichtungen der Politikbereiche „Innovation“ und „Bildung“ im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion (EUSBSR) zur Gewährleistung einer prosperierenden, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Region auf der Grundlage zukunftsorientierter Aktivitäten in den Bereichen Innovation, Forschung und Hochschulwesen zum „Gemeinwohl“ und die Bedeutung der Entwicklung von Maßnahmen zur Überwindung der Innovations- und Leistungslücken in der Region hervorzuheben;
22. mithilfe geeigneter Maßnahmen das Bewusstsein der Bürger bezüglich der Tatsache zu stärken, dass Bildung und Wissenschaft wichtige Innovationsressourcen sind;
23. unter Hinweis auf den Erfolg des Ostsee-Wissenschaftstages, der erstmals am 8. Februar 2017 in Sankt Petersburg stattfand, die Fortführung dieser Initiative als nützliches Instrument für die Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Ostseeregion und zur Verbesserung der Außenwirkung der Erfolge und des Potenzials der Region in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation zu unterstützen und zu fördern;
24. BONUS II zu unterstützen;
25. die Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Integration der interdisziplinären Erdsystemwissenschaft in der Ostseeregion zu intensivieren;
26. Synergien und Maßnahmen zur Entwicklung der gemeinsamen Vision „Arktis-Ostsee“, der Zusammenarbeit und der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit zu fordern;
27. die kurzfristigen Mobilitätsmöglichkeiten von Wissenschaftlern zu verbessern und zu diesem Zweck unbürokratische Unterstützung außerhalb von großen finanzierten Projekten zu leisten, um mehr Flexibilität in der Außenwirkung und der internationalen Forschungszusammenarbeit sowie eine bessere Integration der Forschungslandschaft der Ostseeregion zu ermöglichen, und die Mobilität von Lehrkräften und Studierenden durch Stipendienprogramme zugunsten der Mobilität innerhalb der Osteeregion zu intensivieren, wodurch die Vorteile des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs geteilt und gleichzeitig die Sommerschulen sowie die Austauschprogramme in der Ostseeregion gestärkt und gefördert werden;

im Hinblick auf nachhaltigen Tourismus

28. sich für die Vision einzusetzen, dass die Ostseeregion zur ersten Öko-Region der Welt wird, und die Ostseeregion als erste Region zu konzipieren, in der Ökologie und Ökonomie auf ausgewogene und integrierte Weise zugunsten der Bewahrung von Gesellschaft und Kultur zusammenarbeiten;
29. dafür zu sorgen, dass die Folgen des Tourismus nachhaltig sind und zu diesem Zweck Modelle und Methoden zum Schutz und zur Bewahrung der Natur anzuwenden und die Arbeit an dem Grundsatz auszurichten, dass Nachhaltigkeit der Leitgrundsatz und die Standardpraxis bei allen Formen des Tourismus in der Ostseeregion ist;
30. die Nutzung von CO_2-Fußabdrücken weiter zu prüfen mit dem Ziel, die Vergleichbarkeit und Attraktivität von Tourismusprodukten und ihren ökologischen und wirtschaftlichen Einfluss zu verbessern; die Transparenz von Tourismusprodukten im Hinblick auf ihre Qualität und bezüglich ihrer Nachhaltigkeit weiter zu verbessern, beispielsweise mithilfe gemeinsamer Marken und Standards;
31. Abwassereinrichtungen in den Häfen in der Ostseeregion zu fördern;
32. InterRail zu verbessern, die Nutzung alternativer Energiequellen und eine nachhaltige multimodale Trennung (See-, Straßen- und Schienenverkehr) zu fördern und die Radfahrinfrastruktur zu verbessern, darunter auch Fahrradständer und E-Bike-Ladestationen an Verkehrsknotenpunkten als Beispiele für ökologische Formen des Tourismus;
33. gemeinsam eine Folgeabschätzungsstudie über die Auswirkungen des Tourismusverkehrs zu beauftragen, um die Ergebnisse verschiedener politischer Maßnahmen zur Erhöhung des Umfangs der Nachhaltigkeit zu analysieren;
34. den Mangel an Fachkräften im Tourismussektor in der Ostseeregion zu beheben, beispielsweise durch die Gründung einer internationalen Winterschule zur Verbesserung der Fertigkeiten von Arbeitskräften sowie der Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

35. die Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft und „Fair Sharing“-Wirtschaft in vollem Umfang zu nutzen, wodurch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor entstehen;

36. die gemeinsame Förderung der Ostseeregion als Tourismusziel, insbesondere in neuen Quellenmärkten, durch private und öffentliche Interessengruppen zu stärken und die Zusammenarbeit in der Region als Schlüsselelement der erfolgreichen Entwicklung der Ostseeregion zu fördern;

37. die Möglichkeiten der Digitalisierung bei der Förderung des nachhaltigen Tourismus besser zu nutzen und die Entwicklung des Ostsee-Tourismuszentrums in eine ständige Plattform für den Austausch von Wissen und Informationen auf transnationaler Ebene, vor allem im Hinblick auf die langfristigen Prioritäten des Ostseerates, weiter zu fördern;

38. eine gesunde Umwelt zu erhalten, wodurch die Erholungsqualität der natürlichen und menschen-gemachten Landschaft bewahrt und die natürliche, kulturelle und menschliche Umgebung innerhalb der Ostseeregion bewahrt werden, sodass Tourismusaktivitäten nicht das natürliche und kulturelle Erbe der Ostseeregion gefährden, sondern aktiv zu ihrem Schutz beitragen;

39. die Wettbewerbsqualität und Effizienz der Tourismuswirtschaft zu fördern und zu bewahren und gleichzeitig zufriedenstellende soziale Bedingungen für Touristen, Arbeitskräfte und die einheimische Bevölkerung zu schaffen;

40. die Bürger an der Entwicklung von Tourismusstrategien zu beteiligen.

Ferner beschließt die Konferenz,

41. das freundliche Angebot des Parlaments von Åland dankbar zu begrüßen, die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn auszurichten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. Bericht des Abg. Franz Thönnes zum Baltic Sea Labour Forum

Wertes Präsidium!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ich Ihnen heute als Rapporteur für „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ und das „Baltic Sea Labour Forum“ meinen Bericht gebe, so spreche ich dabei über eine der zentralen Erfolgsgeschichten der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) und damit auch unserer Arbeit als Abgeordnete und derjenigen, die uns darin unterstützt haben.

2007 hat die Ostseeparlamentarierkonferenz eine Arbeitsgruppe zu dem Thema „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ eingesetzt, die sich vor allem mit Fragen und Herausforderungen der Arbeitsmobilität und damit der Thematik von Grenzpendlern sowie der Jugendarbeitslosigkeit befasst hat und deren Vorsitzender ich sein durfte.

Bei unserer Konferenz in Nyborg zwei Jahre später habe ich für die Arbeitsgruppe den Abschlussbericht mit Empfehlungen zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen vorgestellt. Darunter war auch die Anregung, ein Baltic Sea Labour Network (BSLN) entstehen zu lassen, das dann mit starker Unterstützung des deutschen Arbeitgeberverbandes Nordmetall und des DGB Nord sowie einer Förderung der Europäischen Union von 1,8 Mio. Euro zu einem EU-Flagship-Project im Rahmen der EU-Ostsee-Strategie wurde und zwei Jahre lang zu Themen der Arbeitswelt, des Grenzpendelns sowie Fragen der Jugendbeschäftigung und Ausbildung arbeitete.

Am Ende der Projektphase wurde aufgrund der guten Arbeitserfahrungen im November 2011 das Baltic Sea Labour Forum (BSLF) gegründet. Ihm gehören aktuell 30 Mitgliedsorganisationen an – 17 Gewerkschaften, 11 Arbeitgeberverbände sowie zwei internationale Organisationen. Hinzu kommen einige Organisationen mit Beobachterstatus. Dies ist ein einzigartiger Zusammenschluss in Europa!

Themen, mit denen sich das BSLF bei seinen zwei- bis dreimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Lenkungsausschusses und einmal im Jahr bei einem Round-Table befasste, waren beispielsweise faire Arbeitsbedingungen, Förderung der Arbeitsmobilität und die Unterstützung für Arbeitgeber und Grenzpendler, die in einem Land wohnen und in einem anderen Land arbeiten. Davon gibt es im Ostseeraum mehr als 150.000. Das gemeinsame Ziel aller Mitgliederorganisationen war dabei der Abbau von Hemmnissen für das Grenzpendeln sowie die soziale Sicherheit bei Fragen wie sozialer Absicherung bei Rente, Unfall, Krankheit, Arbeitnehmerrechten und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Intensiv und mit klarer Orientierung wurden zu diesen Themen klare gemeinsame Positionen mit Zielen erarbeitet und veröffentlicht. „Politik heißt, etwas wollen“, sagte einst der ehemalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme. Genau das hat BSLF immer ausgezeichnet.

Dass wir mit dem BSLF auch etwas bewirken können, lässt sich an dem folgenden Beispiel besonders gut zeigen.

Bei zwei Lenkungsausschuss-Treffen in Malmö und in Sankt Petersburg in diesem Frühjahr haben wir Empfehlungen zu arbeitsmarktpolitischen Fragen ausgearbeitet. Mit diesen Empfehlungen sind wir im Juni nach Berlin gereist. Für den 15. Juni 2017 war dort erstmals in der Geschichte des Ostseerates ein Treffen der Arbeitsminister der Ostseeanrainer anberaumt. Hierzu wurden Vertreter der BSPC und des BSLF eingeladen. Für die BSPC war dies Bodo Bahr als Generalsekretär und ich als Vertreter des BSLF.

War schon die Einladung zu dem Treffen ein Erfolg, dann gilt das erst recht für die Tatsache, dass die Arbeitsminister im Prinzip alle Empfehlungen von uns zum Themenbereich Arbeit und Beschäftigung in ihre Erklärung übernommen und ebenso die Bedeutung des BSLF hervorgehoben haben. Im Einzelnen gingen die Empfehlungen ein in die Sektoren:

– Förderung der engeren Kooperation bei Arbeit und Beschäftigung für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion
– Arbeitsmobilität
– Jugendbeschäftigung
– Arbeitsmarktforschung und Vorausschau der Entwicklung
– Demographische Entwicklung und die
– Integration der im Ausland Geborenen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Hinzu kam die Bitte an das „Committee of Senior Officials“ des Ostseerates zu prüfen, ob nicht eine Ad-hoc Working/Expert-Group in Verbindung mit dem Sekretariat des Ostseerates, wie auch der BSPC, der „Northern Dimension Partnership on Health and Social Wellbeing“ und anderen Organisationen gebildet werden sollte, die sich mit diesen Komplexen beschäftigt.

Nun soll am kommenden Freitag diese Arbeitsgruppe beim nächsten Senior Officials Meeting des Ostseerates in Stockholm Zustimmung bekommen! Dieses Treffen wird von der neuen schwedischen Ostseeratspräsidentschaft und von Botschafter Hans Olsson geleitet, dem ich für die Arbeit viel Erfolg wünsche und den ich bitte, die einmütige Anregung der Arbeitsminister zu unterstützen.

Zu den sechs ausgewählten Schwerpunkten gehören neben den bereits genannten Themen auch noch Wissensverteilung, Jugendbeschäftigung, Migration/Integration und die Einbeziehung von Arbeitnehmern mit Hemmnissen und Behinderungen in den Arbeitsmarkt. Empfohlen wird eine enge Zusammenarbeit mit der BSPC und der in dieser Konferenz zu bildenden Arbeitsgruppe Migration/Integration.

Das erste AG-Treffen soll nicht später als Ende Oktober/Anfang November stattfinden.

Diese Entwicklung ist für die BSPC und das BSLF ein großartiger Erfolg, der nicht zuletzt auch dank der hervorragenden Vorbereitung von Senior Advisor Daria Akhutina beim Ostseerat, wo derzeit gleichfalls die Administration des BSLF liegt, entstanden ist.

Großer Dank gebührt auch der Generaldirektorin des Ostseerates Maira Mora und ihrem Stellvertreter Bernd Hemingway für ihre Unterstützung. In diesen Dank beziehe ich ebenso Anders Bergström von Norden Association mit dem Baltic Leader Program sowie unseren Generalsekretär Bodo Bahr ein.

Die Geschichte des BSLF ist damit ein ausgezeichnetes Beispiel für eine über einen längeren Zeitraum nachhaltige und erfolgreiche Arbeit der BSPC.

Die Bildung einer Arbeitsgruppe mit zweijähriger Tätigkeit, der Beschluss ihrer Empfehlungen 24 Monate später in der BSPC mit der Anregung zur Bildung eines Projektes, die Förderung durch die EU als Flagship-Projekt der EU-Baltic Sea-Strategy, eine zweijährige intensive Projektarbeit als „Baltic Sea Network“ mit anschließender Bildung des BSLF, dessen fünfeinhalbjährige Arbeit, die Erarbeitung von Positionen und Empfehlungen für das 1. Arbeitsministertreffen im Juni 2017 mit der Einladung an Vertreter von BSLF und BSPC, die Unterstreichung der Bedeutung des BSLF, die Diskussion und Übernahme der Empfehlungen sowie die Bildung einer Adhoc-Arbeitsgruppe/Expert-Group, zu der BSPC und BSLF zur Mitwirkung eingeladen werden sollen – das kann sich sehen lassen!

Ebenfalls bedanke ich mich deshalb auch bei Botschafter Guðmundur Árni Stefánsson aus Island, das in den letzten zwölf Monaten die Ostseeratspräsidentschaft innehatte, und den Vertretern des Arbeitgeberverbandes Nordmetall und des DGB Nord für ihr Engagement.

Dies ist nach acht Jahren mein letzter Bericht als Rapporteur für „Arbeit und soziale Wohlfahrt“ sowie das „BSLF“ in der BSPC, da ich bei den kommenden Bundestagswahlen nicht erneut für das deutsche Parlament kandidiere. Für das mir geschenkte Vertrauen und die mir zuteil gewordene Unterstützung in dieser Zeit bedanke ich mich sehr. Dieser Dank gilt gleichfalls allen bisherigen Akteuren im BSLF. Gestern hat das Standing Committee der BSPC unseren Kollegen Pyry Niemi vom schwedischen Reichstag zu meinem Nachfolger als Rapporteur gewählt. Bitte geben Sie ihm die gleiche Unterstützung, auf die ich mich auch so sehr verlassen konnte. Mit dem BSLF ist bewiesen worden, dass Parlamentarier auch in der internationalen Kooperation Politik eindrucksvoll gestalten können. Bitte verhelfen Sie auch in der Zukunft dem BSLF zu weiterem Erfolg!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.